

# Frankfurter Allgemeine

Susan Neiman

Frankfurter Allgemeine Zeitung

31. Mai 2021

## Wo die Gerechtigkeit bedroht ist

**Heute ist es Mode, die Aufklärung verdreht darzustellen. Dabei brauchen wir ihre Werte dringender denn je, um über den eigenen Stamm hinauszudenken.**

Diese Gelegenheit möchte ich nutzen, einiges über die Aufklärung zu sagen, das Fundament nicht nur meines Denkens, sondern des linkspolitischen Denkens überhaupt. Meine Beschäftigung mit der Aufklärung entstand nicht aus Lust, historische Forschungen zu betreiben, obwohl ich das auch getan habe. Als ich Kants Aufsatz "Was heisst es, sich im Denken orientieren?" las, wurde mir klar: Die Aufklärung war aktueller als alles, was die Gegenwartsphilosophie zu bieten hat. Das betraf zunächst die Form. Die Aufklärer schrieben nicht für ihre Doktoranden - zumal die meisten keine hatten -, sondern für ein breites Publikum, in der Überzeugung, wie der große Aufklärer Jean Améry schrieb, "dass Kenntnis zur Erkenntnis führt und dieser zur Sittlichkeit". Selbst Kant, der kein begnadeter Schriftsteller war, schrieb fünfzehn gut lesbare Aufsätze für die Berlinische Monatschrift. Orientierung im Denken wird heute noch dringender gebraucht.

Denn wenn dafür ausgebildete Philosophen diese Aufgabe scheuen, übernehmen es andere, mit verheerenden Folgen wie Angriffen auf die Aufklärung selbst, die aus einer Mischung von Karikaturen und Verzerrungen bestehen. Viele diese Verzerrungen versuchte ich, in meinem Buch "Moralische Klarheit" auszuräumen. Doch auf eine Kritik an der Aufklärung bin ich in jenem Buch nicht eingegangen. Vor zehn Jahren war ich sicher, der Vorwurf sei so unbegründet, geradezu schwachsinnig, dass er schnell von selbst wieder verschwinden würde. Das spricht nicht für meine Fähigkeit, intellektuelle Trends vorherzusagen, denn dieser Vorwurf wird heute oft als Dogma akzeptiert. Er lautet: Der Universalismus der Aufklärung war eurozentrisch, ein Deckmantel für die Interessen weißer Männer, die die Welt beherrschen wollten und somit die Begründung für den Kolonialismus lieferten.

### Von anderen Völkern lernen

"Schwachsinnig" ist ein starkes Wort, doch dieser Vorwurf ist nicht einfach falsch, er stellt die Fakten auf den Kopf. Die Aufklärung hat die Kritik am Eurozentrismus ja erst erfunden. Sie empfahl den Europäern, von anderen Völkern zu lernen, und hat ihre Kritik europäischer Zustände oft gerade aus der Perspektive anderer Kulturen formuliert. So benutzte Montesquieu fiktionalisierte Perser, um die Pariser Gesellschaft zu persiflieren, Diderot stellte Tahiti gegen patriarchalische europäische Sitten, Voltaires schärfste Kritiken an der Kirche wurden wahlweise in den Mund

eines chinesischen Kaisers oder eines indigenen südamerikanischen Priesters gelegt.

Solche Kritiken waren gefährlich. 1723 befahl Friedrich Wilhelm I, dass Christian Wolff seinen Lehrstuhl, die Stadt Halle, und ganz Preußen binnen achtundvierzig Stunden zu verlassen habe. Wolff, der Konfuzius und Menzies studierte, brachte die Chinesen als Beweis dafür, dass Moral auch ohne Christentum funktioniert. Das galt als Atheismus, und darauf stand die Todesstrafe.

Die Aufklärer haben es nicht dabei belassen, von anderen Kulturen zu lernen. Sie verurteilten den Kolonialismus aufs Schärfste. Passagen, in denen Diderot den indigenen Völkern Südafrikas empfiehlt, die kolonisierenden Holländer mit Giftpfeilen zu töten, könnte man mit Texten von Franz Fanon verwechseln. Kant gratulierte den Chinesen und Japanern zu ihrer Weisheit, den Europäern die Einreise zu verbieten. Er nannte Kolonialismus ein Übel nicht nur für hochentwickelte Kulturen wie die chinesische. Auch die Rechte indigener Völker hat er vehement verteidigt, und er verurteilte die damals geltende Eigentumstheorie, der zufolge Jäger und Sammler keine Rechte auf ihre Länder hätten.

Sicherlich gibt es Zitate der Aufklärer, die wir heute mit Recht als rassistisch und sexistisch verurteilen. Die Aufklärer waren Männer ihrer Zeit - und sie waren fast alle Männer - die wiederum von Männern früherer Zeiten geprägt waren. Die Sätze, die heutzutage ständig zitiert werden, widersprechen aber grundsätzlich ihren systematischen Arbeiten, die die Grundlage der Idee universeller Menschenrechte bilden. Sind wir weitergekommen als diejenigen, auf deren Schultern wir stehen? Na hoffentlich, hätten die Aufklärer gesagt, die immer auf selbstkritischen Fortschritt hofften.

Warum es heute Mode ist, die Aufklärung so verdreht darzustellen, ist nicht ganz klar, doch diese verkehrte Sicht zu korrigieren ist nicht nur eine Frage der historischen Gerechtigkeit. Ohne die Aufklärung würde die Vernunft fehlen und damit die Begründung für alle demokratischen Werte - sei es Respekt, Solidarität oder Wahrheit und Gerechtigkeit selbst.

Nur der Universalismus kann eine linksliberale politische Haltung begründen, im Gegensatz zum Tribalismus, der sich heute in vermeintlich linken Kreisen verbreitet. Was für eine Umkehrung! Es waren doch die Rechten, die immer in Richtung Nationalismus tendierten, überzeugt, dass es außerhalb der eigenen Gruppe keine tiefen Verbindungen und kaum Verpflichtungen gibt. Die Linke besteht von jeher darauf, dass Verbindungen und Verpflichtungen über die eigene Gruppe hinausgehen, bis sie im Idealfall die ganze Welt umfassen.

Der jüngste Krieg in Israel/Palästina bewegt mich als Jüdin, die lange in Tel Aviv gelebt hat, wie als Universalistin, für die es selbstverständlich ist, über meinen eigenen Stamm hinauszudenken. Die universalistische Tradition im Judentum ist in der Bibel fest verankert, wo man zwar auch einen tribalistischen Strang finden kann. Auch in Deutschland muss klar werden: Wer meint, durch unkritische Unterstützung der dortigen Politik an Israels Seite zu stehen, der hat die universellen Ansprüche hinter sich gelassen.

Ich habe größten Respekt vor dem deutschen Versuch, die Verbrechen der Nazizeit aufzuarbeiten, und habe ihn als Beispiel für andere Länder hervorgehoben. Doch heute werden aus Angst vor der deutschen Vergangenheit die Augen vor der israelisch-palästinensischen Gegenwart verschlossen. Israels letzter sozialdemokratischer Premierminister Ehud Barak hat 1998 vor einer drohenden Apartheid gewarnt: "Wäre ich ein junger Palästinenser, hätte ich einer der Terrororganisationen angehört."

Und die Lebensumstände der Palästinenser werden immer unerträglicher, je weiter die israelische Regierung nach rechts rückt. Diese Zustände werden von Hamas instrumentalisiert, aber solange diese Zustände nicht geändert werden, werden die Extremisten immer die Oberhand gewinnen. Dies zu behaupten ist weder propalästinensisch noch antiisraelisch. Wer um Israels langfristige Sicherheit besorgt ist, muss sich damit beschäftigen.

### **Deutsche Schuldgefühle**

Da die Regierung Netanjahu Menschenrechtsverletzungen begeht, die innerhalb der EU nicht akzeptabel wären, fürchtet sie die europäische Kritik. Zynisch appelliert diese Regierung daher an die deutschen Schuldgefühle, die leichter zu mobilisieren sind als Unterstützung aus Frankreich oder Großbritannien. Amerika hat andere Probleme. Ich meine nicht die jüdische Lobby, der viele stillschweigend die Verantwortung für Amerikas bedingungslose Unterstützung Israels zuschreiben. Es gibt eine konservative jüdische Lobby, doch viel einflussreicher sind die Evangelikalen.

Diese vierzig Millionen christlichen Fundamentalisten unterstützen die israelische Siedlungspolitik aus haarsträubenden Gründen: Sie glauben, dass der ersehnte apokalyptische Krieg erst ausbricht, wenn viele jüdische Siedler in die besetzten Gebieten kommen. Denn erst nach diesem Krieg, verheißen ihre Schriften, wird der Messias wiederkehren. Nach seiner Ankunft kommen alle Juden, die nicht sofort zum Christentum konvertieren, direkt in die Hölle.

Mir ist klar: Es scheint noch vernünftiger, an eine jüdische Weltverschwörung zu glauben, als daran, dass die amerikanische Außenpolitik von solchem Aberglauben beeinflusst wird. Doch neulich sagte der ehemalige israelische Botschafter für die USA, dass Israel lieber Verbindungen zu den Evangelikalen pflege als zu den amerikanischen Juden, die "unsere größten Kritiker sind". Die Evangelikalen hingegen seien "das Rückgrat unserer Unterstützer." Auch heute stehen diese Fundamentalisten fest hinter Trump. Hier hat Biden ein Problem.

Könnte Deutschland zu einer Lösung beitragen? Erfahrene amerikanische Diplomaten sind davon überzeugt, dass eine ausgewogenere deutsche Haltung zu Israel/Palästina Biden unterstützen würde, damit er freier handeln könnte. Ausgewogen heißt natürlich nicht, den Hamas-Terrorismus zu rechtfertigen, sondern die erbärmlichen Lebensumstände der Menschen anzuerkennen, die Hamas für ihre Zwecke missbraucht. Ausgewogen heißt auch, den Zynismus und die Rechtsradikalität der israelischen Regierung klar ins Auge zu fassen. Denn die Unterstützung von Netanjahus Politik als "proisraelisch" zu verstehen ist nichts anderes, als die Unterstützung Donald Trumps mit "proamerikanisch" zu

verwechseln. Beide rechtsautoritären Politiker tun alles dafür, diese Verwechslung aufrechtzuerhalten.

Bleiben wir lieber bei Martin Luther King, der schrieb, "Wenn Ungerechtigkeit irgendwo geschieht, ist Gerechtigkeit überall bedroht." Oder auch bei August Bebel, der gar kein Problem damit hat, sowohl den Antisemitismus wie den Kolonialismus hart zu verurteilen. Wer Menschenrechte konsequent verteidigen will, muss sie überall verteidigen. Das hat uns die Aufklärung gelehrt.

Die Autorin leitet das Einstein Forum in Berlin. Der Text ist die gekürzte Fassung der Dankesrede, die Susan Neiman unlängst anlässlich der Verleihung des August-Bebel-Preises hielt.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv